

Alfred Gerstl:

Der verspätete Liberalismus im Österreich nach 1945:

Politische, gesellschaftliche und „liberale“ Ursachen

Wien 2006

Der verspätete Liberalismus im Österreich nach 1945: Politische, gesellschaftliche und „liberale“ Ursachen

1. Einleitung: Kontinuitäten in der Geschichte des österreichischen Liberalismus

Erst 1993 wurde in Gestalt des Liberalen Forums (LiF) eine Partei gegründet, die sich ohne Wenn und Aber zum Liberalismus bekannte. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) hatte zwar seit Mitte der 1970er Jahre ebenfalls den Anspruch erhoben, eine liberale Politik zu verfolgen, und war 1979 sogar der Liberalen Internationale (LI) beigetreten. Aufgrund der politischen und sozialen Einbettung der FPÖ in das dritte, deutschnationale Lager blieb die Charakterisierung der FPÖ als liberale Partei jedoch immer umstritten.

Warum es solange dauerte, bis sich in der Zweiten Republik eine dezidiert liberale Partei herausbildete, soll im vorliegenden Artikel detaillierter untersucht werden. Dabei ist es unumgänglich, die Geschichte des heimischen Liberalismus zumindest cursorisch nachzuzeichnen. Der Liberalismus hat in Österreich seit ungefähr 1780 trotz einiger Brüche und Stillstände eine insgesamt doch relativ kontinuierliche, indes immer verspätete und zögerliche Entwicklung genommen. Er fügt sich generell in das europäische Muster der Ausbildung des Liberalismus ein, konnte angesichts der verspäteten Industrialisierung und der stets schwachen Stellung des Bürgertums in Österreich allerdings nie eine liberale Hochburg errichten.¹ Neben den sozial-, wirtschafts- und kulturliberalen Traditionslinien, die sich in den letzten knapp 225 Jahren herausgebildet haben, verbinden die Aufklärer, die 1848er Liberalen und die Liberalen des 20. Jahrhunderts insbesondere mentale Einstellungen und Ängste (Staats- und Technokratiegläubigkeit oder die Angst vor dem unkontrollierten Fortschritt).²

Dass der politische Liberalismus nach 1945 erst verspätet wirksam wurde, liegt ganz wesentlich am Einschnitt, den der Nationalsozialismus in der Geschichte des heimischen Liberalismus – wie in der Geschichte Österreichs generell – bewirkte: Durch die Vertreibung und Vernichtung der österreichischen Juden durch die Nationalsozialisten ging die wichtigste gesellschaftliche Trägerschicht des Liberalismus verloren.³

Eine zweite Ursache ist in der Politik zu suchen, mit der die beiden großen politischen Lager unmittelbar nach der Neugründung der Republik eine erneute politische Polarisierung bis hin zum Bürgerkrieg wie in der Ersten Republik verhindern wollten. Angesichts der traditionellen obrigkeitshörigen und sozialstaatlichen Einstellungsmuster der Bevölkerung –

aber auch zahlreicher Liberaler – erwies sich die auf Konsens und Entscheidungsfindung im vorparlamentarischen Raum beruhende Konkordanzdemokratie als hinderlich statt als förderlich für einen liberalen Neubeginn.

Drittens wurde der liberale Neustart noch dazu von hausgemachten programmatischen – und folglich politischen – Schwächen des politischen Liberalismus erschwert: Der parteipolitische Liberalismus lag – ein österreichisches Spezifikum – seit den 1890er Jahren brach, weshalb er in der Endphase der Donaumonarchie und in der Ersten Republik nicht zu einer konzisen und umfassenden Modernisierung der liberalen Programmatik fähig war. Da folglich keine einheitliche, verfestigte liberale Programmatik existierte, konnten andere Parteien einen Auswahl-Liberalismus betreiben und je nach Bedarf liberale Ziele und Instrumente übernehmen. Letztlich blieb der Liberalismus als solcher aber parteipolitisch unvertreten, was nach 1949 dazu führte, dass einige Exponenten des dritten, des deutschnationalen Lagers den Anspruch erhoben, den Liberalismus zu repräsentieren.

In Österreich dauerte es aus all den genannten Gründen bis zum zivilgesellschaftlichen Aufbruch in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts, ehe der Widerstand in der Bevölkerung gegen die auf Konsens und Proporz ausgerichtete Regierungspraxis der Großparteien einen ausreichenden Nährboden für eine liberal orientierte Opposition abgaben. Zu dieser Zeit schwenkte auch die Freiheitliche Partei auf einen liberaleren Kurs ein. Dennoch vermochte sich eine eindeutig als liberal positionierte Partei nicht vor 1993 zu etablieren. Die gesellschaftliche Basis des Liberalen Forums blieb jedoch stets prekär, und nach anfänglichen Erfolgen schied es 1999 wieder aus dem politischen Wettbewerb aus. Die Ursachen seines Scheitern und die Konsequenzen seines Misserfolges für die Perspektiven des Liberalismus und einer liberalen Partei in Österreich bilden den Gegenstand des abschließenden Ausblicks dieses Artikels.

2. Streiflichter auf die Entwicklung des Liberalismus von 1780 bis 1945

2.1 Die „verordnete“ Aufklärung

Als politische wie gesellschaftliche Bewegung hatte es der Liberalismus in Österreich immer schwerer als in anderen europäischen Staaten gehabt, sich in der Bevölkerung zu verankern. Eine Ursache für diese Schwierigkeit liegt darin begründet, dass bereits die Aufklärung nicht von einem politisch selbstbewussten Bürgertum gegen die Obrigkeit erkämpft, sondern von Kaiser Joseph II. „von oben“ verordnet worden war und gegen allerlei Widerstände aus dem Klerus und der Bürokratie, ja aus der Bevölkerung selbst durchgesetzt werden musste. Indes

war die aufgeklärte Reformpolitik Josephs als Instrument zur Stärkung des Staates, der „Staatswohlfahrt“, konzipiert, nicht als ein liberales Befreiungsprojekt für das Individuum. Die Menschen sollten zwar von staatlichen, ökonomischen und gesellschaftlichen, vor allem kirchlichen Zwängen befreit und zu Bürgern emanzipiert werden. Im Vordergrund stand jedoch ihre Nutz- und Dienstbarmachung für das Staatswesen. Modellhaft steht Josephs Judenpolitik: Gebildeter, emanzipierter, in die Gesellschaft und den Arbeitsteilungsprozess integriert, bringen die Juden dem Staat einen höheren Ertrag, lautete die Maxime.⁴

Sich der zahlreichen Widerstände gegen die Modernisierung und des fragilen Charakters der multinationalen, ökonomisch rückständigen Donaumonarchie vollauf bewusst, hielten die österreichischen Aufklärer einen starken Staat für unabdingbar. Die Aufklärer sahen sich in der Rolle als Berater in einem Tugendkabinet für den aufgeklärten Monarchen, der das Volk auf der Basis ihrer Ratschläge zu gebildeten, kritischen und eigenverantwortlichen Bürgern erziehen sollte. Erst als sie ihr verklärtes Bild von Joseph korrigierten, entwickelten sie radikalere Vorstellungen zu einer Verfassung und zur Demokratisierung des Staatswesens. Doch selbst Johann Friedel (1751/52–1789), einer der führenden protoliberalen Aufklärer, erarbeite kein systematisches Programm, was auch ihn zu politischer Wirkungslosigkeit verurteilte.⁵

Versteht man Liberalismus als eine aus der Aufklärung hervorgegangene breite Geistesströmung, die im 19. Jahrhundert allmählich eine politisch-gesellschaftliche Emanzipationsbewegung begründete und ideologisch legitimierte, die wiederum die politische Arena eroberte, dann überdecken die Kontinuitäten und Gemeinsamkeiten die Brüche in der Geschichte des österreichischen Liberalismus. Hohe Staats- und Technokratiegläubigkeit, gepaart mit einem starken Machbarkeitsglaube, Elitenbewusstsein, Antiklerikalismus, die Wertschätzung der Bildung, Misstrauen gegenüber der Masse und einem allzu raschen, unkontrollierbaren Fortschritt und Wandel: diese Einstellungsmuster teilen die josephinischen Aufklärer mit den 1848er Revolutionären und den Liberalen der „liberalen Ära“ 1867 bis 1873 – und mit vielen Liberalen des 20. Jahrhunderts.⁶

Unter den Nachfolgern Joseph II. wurden liberale Einstellungen (anfänglich wohl mehr eine Lebens- denn politische Einstellung) mehr und mehr zurückgedrängt. Doch selbst im angeblich unpolitischen Biedermeier herrschte eine – wiewohl diffuse – Anti-Haltung: eine Unzufriedenheit mit Korruption und Schlendrian in Politik und Verwaltung, mit der Wirtschaftsmisere, mit der alles verdunkelnden Perspektivlosigkeit und Reformunfähigkeit des Regimes.⁷ In den 1830er Jahren wuchs mit mit „Jung Österreich“ langsam eine liberal inspirierte, politisch jedoch höchst heterogene Opposition heran.⁸ Die Revolution von 1848

bewirkte dann eine Ausdifferenzierung in eine liberale, demokratische und sozialistische Strömung. Diese Keime politischer Parteibildung wurden jedoch vom 1849 einsetzenden Neoabsolutismus verschüttet.⁹ Bezeichnenderweise waren etliche Liberale mit dem neuen Regime unter Franz Joseph gar nicht einmal so unzufrieden, hatte die Revolution, welche die Liberalen nicht zu steuern vermocht hatten, bei ihnen doch Angst vor dem Verlust von Leib und Leben und der Errichtung einer Herrschaft des Proletariats geweckt. Die Distanz zur Massendemokratie vieler Liberaler fußt also auch auf konkreten lebensweltlichen Erfahrungen. Das politisch schwache Bürgertum begnügte sich daher mit den schrittweisen Zugeständnissen des Monarchen, die 1867 in der Umwandlung des Kaiserreiches in eine konstitutionelle Monarchie mit garantierten Grund- und Freiheitsrechten gipfelten.

2.2 Der „unpolitische“ Liberalismus im „Wien um 1900“

In der Zeit von 1867 bis 1873 errangen die regierenden Liberalen ihre größten politischen Erfolge, und auch wirtschaftlich ging es in der Gründerzeit rasant aufwärts. Die liberale Ära währte jedoch nur kurz. Die vom Börsenkrach 1873 verschärfte Rezession wirkte sich politisch verheerend auf die als „Verwaltungsrätepartei“ titulierten Liberalen aus: weniger, weil sie in Opposition gehen mussten, als vielmehr, weil die Wirtschaftskrise den grundlegenden sozioökonomischen Wandel noch beschleunigte.

In Gestalt der Massen drangen in den 1880er Jahren die Politik und das Soziale machtvoll in die bürgerlich-liberale Welt ein – eine bis dahin „geordnete Welt mit klaren Schichtungen und gelassenen Übergängen, eine Welt ohne Hast“¹⁰. Dieses Ereignis warf die auf der institutionellen Dominanz einer gesellschaftlichen Elite und dem Ausschluss der politisch unreifen Wählermassen beruhende liberale politische Ordnung aus dem Gleichgewicht. Die vordem als selbstverständlich erachtete politische und soziale Übersichtlichkeit wich einer Vielzahl von Ansprüchen von Menschen, die ihr Glück nicht länger durch die Übernahme bürgerlich-liberaler Normen verwirklichen wollten, sondern bewusst einen alternativen Lebensentwurf anstrebten.

Politisch vertreten wurden diese Gruppen von den Christlich-Sozialen, Sozialdemokraten und Deutschnational-Sozialen, die sich in den 1880er Jahren aus dem liberalen „Urlager“ als politisch-organisatorische Antithese zu diesem entwickelten.¹¹ Im alten liberalen Denken gefangen, vermochten es die Liberalen nicht, sich an die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse anzupassen, namentlich die soziale Frage mit zeitgemäßen Rezepten

aufzugreifen oder Gegenkonzepte zu Populismus und Antisemitismus zu erarbeiten.¹² Anfang der 1890er Jahre implodierte die liberale Partei auf österreichischer wie Wiener Ebene.

Auch wenn nur wenige den verkrusteten Liberalen eine Träne nachweinten, so ließen sie doch eine soziale Gruppe politisch heimatlos zurück: Der Großteil der österreichischen Juden hatte nicht allein für die liberale Partei gestimmt, sondern wegen der Affinität zwischen Judentum und Liberalismus liberale Werte wie individuelle Freiheit, Moral, Leistungswille, Bildungsstreben verinnerlicht. Wie viele sozialliberal Orientierte wandten sie sich nach dem Scheitern des parteipolitischen Liberalismus hauptsächlich den Sozialisten zu.¹³

Wegen der Juden bis zur Verfassung von 1867 auferlegten gesetzlichen Beschränkungen und ihrer auch danach in vielen Bereichen real gegebenen gesellschaftlichen Diskriminierung boten Kunst, Kultur und Wissenschaft den assimilierungswilligen Juden die interessantesten Betätigungsmöglichkeiten. Dank ihrer starken Position im Journalismus, in Literatur, Operette oder Theater und des jüdischen Mäzenatentums trug das gesellschaftliche Leben Wiens schon bald einen „jüdischen Stempel“¹⁴. Freilich waren es nicht allein die Juden, die ihre Aktivitäten aus Desinteresse an der Politik auf vermeintlich ruhige, unpolitische Sphären, auf das Geistige wie auch auf die Wirtschaft verlagerten; der Generationenbruch der nach 1860 Geborenen war ein genereller.¹⁵ Speziell unter den Wiener Künstlern und Intellektuellen gab es im Fien de Siècle „unerschütterlich apolitische Gestalten im Überfluss“.¹⁶ – Angesichts der kulturellen Hochblüte des „Wien um 1900“ bezeichnet Albert Fuchs die Zeit von 1867 bis 1918 als „das liberale Zeitalter schlechthin“¹⁷. Die liberale Ideologie, so Fuchs,

„(...) lieferte Meinungen, die von manchen Kreisen, besonders den gebildeten, nicht als Meinungen, sondern als Selbstverständlichkeiten angesehen wurden: ein klares Zeugnis für die Kraft einer Ideologie. Sie trat in den verschiedensten öffentlichen Institutionen hervor. Sie wurde an den Universitäten gelehrt, an allen Fakultäten, zuweilen selbst an der theologischen. Sie wurde in Zeitungen und politischen Schriften propagiert, oft auch in sozialdemokratischen. Sie erwies Fruchtbarkeit und Originalität noch in einer Phase, da der politische Liberalismus längst ins Sterile und Reaktionäre entartet war.“¹⁸

Abgekoppelt vom Niedergang des politischen und parteipolitischen Liberalismus bewahrte der Liberalismus über die Jahrhundertwende hinaus zwar auf wissenschaftlichem, kulturellen, wirtschaftlichen Gebiet seine führende Rolle. Das Dilemma bestand jedoch darin, dass es keinen politischen Liberalismus gab, der den rechtlichen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Liberalismus verbinden und damit wenn schon nicht für eine „Kodifizierung“, so doch wenigstens für eine Bestandesaufnahme hätte sorgen können.¹⁹ Die Liberalen waren nur mehr stille Beobachter der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen: Liberalität, Weltoffenheit und Fortschrittsglaube schlossen engstirnigen (Deutsch-)Nationalismus und Antisemitismus

nicht aus. In der Wiener Moderne herrschte keine Entweder-oder-, sondern eine Entweder-und-Oder-Stimmung, durch die die zunehmenden politischen und sozialen Spannungen nicht aufgelöst werden konnten und folglich nur darauf warteten, sich gewaltsam zu entladen.

2.3 Die Marginalisierung des Liberalismus in der Ersten Republik

Der politische Liberalismus spielte während der Ersten Republik praktisch keine Rolle²⁰ – wengleich sowohl das christlich-soziale als auch das sozial-demokratische und das deutschnational-soziale Lager Teile der liberalen Programmatik übernahmen. Während sich die Christlichsozialen im Wirtschaftsbereich einige liberale Prämissen zu eigen machten, betonten die Sozialdemokraten Bildung, Kultur, Antiklerikalismus und wandten sich gegen den zusehends virulenter werdenden Antisemitismus. Katholisch und agrarisch-kleinbürgerlich geprägt, repräsentierten die Christlichsozialen ein den Liberalen grundsätzlich wesensfremdes Milieu. Und auch der auf dem Patronage-Gedanken beruhende Kollektivismus der eigentlich urbanen, intellektuellenfreundlicheren Sozialdemokraten entfremdete viele Liberale dieser Partei.

Am deutlichsten lässt sich der instrumentelle Charakter liberaler Ziele am Beispiel der Deutschnationalen illustrieren, zu denen zur Jahrhundertwende nicht wenige Liberale der Post-1848er-Generation gewechselt hatten. Ihre Klientel – Vertreter des alten (Gewerbe und Handel) und neuen Mittelstandes (Beamte, Lehrer und Angestellte) – deckte ein Spektrum ab, das in anderen Ländern für gewöhnlich für liberale Kräfte stimmte.²¹ Zwar verfolgte die Großdeutsche Volkspartei in ihrem Salzburger Pogrammm teilweise recht fortschrittliche und liberale sozial-, demokratie- und bildungspolitische Anliegen. Doch diese, wie auch die individuelle Freiheit per se, wurden vollkommen vom Primat der deutschen Volksgemeinschaft überlagert.^{22,23} Das Bekenntnis zur parlamentarischen Ordnung sowie, mit Einschränkungen, zum bestehenden Wirtschaftssystem wurde angereichert um eine Mixtur aus Antiliberalismus, Antisemitismus, Antimarxismus, Antiklerikalismus und natürlich um die „Anschluss“-Forderung.²⁴ Die Deutschnationalen als Deutschnational-Liberale zu bezeichnen ist angesichts ihrer ideologisch-politischen Realität und ihres Antisemitismus irreführend – und entspräche auch gar nicht ihrem politischen Selbstverständnis.²⁵

Mangels einer starken liberalen politischen Grundströmung wurden liberale Errungenschaften und Werte sukzessive zurückgedrängt: aus der Bürokratie, der Presse, den Universitäten, generell aus der Kunst- und Geisteswelt.²⁶ Selbst die liberalen Anforderungen genügende Verfassung von 1920 wurde spätestens Ende der 1920er Jahre von der Real-

Verfassung konterkariert. Letztlich führten politische Polarisierung, Intoleranz und Lagermentalität zum Bürgerkrieg, zur Errichtung eines austrofaschistischen Systems und zum „Anschluss“. Die liberalen politischen Institutionen und demokratischen Traditionen hatten sich als nicht tragfähig genug erwiesen.

3. Liberalismus in der Zweiten Republik

3.1 Ursachen für den verspäteten Liberalismus

Jedweder liberaler Neubeginn sah sich nach der Katastrophe des Nationalsozialismus vor mindestens vier gewaltige Herausforderungen gestellt. Beginnen musste er mit einer Katharsis: Denn spätestens in der NS-Zeit war, erstens, deutlich geworden, wie hoch der Anteil der jüdischen Geistes- und Bildungselite an der Wiener Moderne gewesen war, wie sehr die Juden die „Kerntruppe des Liberalismus“ (Hans Tietze) gestellt hatten.²⁷ Um mit Anton Pelinka zu argumentieren: Nach dem Holocaust trugen und tragen Liberale eine besondere Verantwortung im Umgang mit dem Antisemitismus und bei der Aufarbeitung des schlampigen Umgangs mit der NS-Vergangenheit,²⁸ zu dem auch das Versäumnis des offiziellen Österreich gehörte, die von den Nazis vertriebenen Überlebenden nie zur Rückkehr eingeladen zu haben. Schmerzlich war natürlich auch, dass sich eine liberale Partei nach dem Holocaust nicht länger auf das vom österreichischen Judentum verkörperte und geprägte liberale Milieu stützen konnte, sondern sich eine andere Wählerbasis suchen musste. Eine alternative „natürliche“ liberale Trägerschaft gab es unmittelbar nach dem Krieg jedoch nicht.

Die zweite massive Schwierigkeit für einen liberalen Neustart lag in den politischen Rahmenbedingungen, die liberalen Anliegen nicht eben förderlich waren. Unter dem Trauma des Bürgerkrieges in der Ersten Republik stehend, schufen die Politiker nach 1945 (unter Beibehaltung der Verfassung von 1920 in der Fassung von 1929) einen Parteien- und Verbändestaat. Dieser entwickelte sich zu einer von der politischen Elite getragenen Konkordanz- und Proporzdemokratie, in der Konflikte und vitale politische Probleme zwar gewaltfrei, dafür aber in der Regel in der außer- respektive vorparlamentarischen Arena der Sozialpartnerschaft ausgetragen wurden.²⁹ Der Konzertation wurde aufgrund der negativen Erfahrungen der dreißiger Jahre also ein höherer Stellenwert beigemessen als dem Grundsatz der liberalen Wettbewerbsdemokratie. Mochte Österreich in politischer Hinsicht (gemeinsam mit Schweden) einen europäischen Sonderfall darstellen, so passte es sich in ökonomischer Hinsicht dem allgemeinen Trend an, setzten in der Wiederaufbauphase bis in die

keynesianistisch geprägten frühen siebziger Jahre doch praktisch alle europäischen Staaten stärker auf staatliche Rahmenplanung denn auf freien Wettbewerb.

Negativ wirkte sich, drittens, die traditionelle Untertanenmentalität der Österreicherinnen und Österreicher aus, die in den wirtschaftlichen Krisenjahren nach dem Zweiten Weltkrieg mit paternalistischen Zuwendungen gut leben konnten und nicht prioritär an einer Ausweitung ihrer persönlichen Freiheiten interessiert waren. Eine selbstbewusste Zivilgesellschaft bildete sich erst ab den siebziger Jahren heraus. Nach 1945 fehlten also sowohl, nachfrageseitig, ein ausreichend großes, vom Liberalismus ansprechbares Wählersegment als auch, angebotsseitig, glaubwürdige Persönlichkeiten, die eine liberale Partei hätten bilden können.

Denn hinzu kam, viertens, dass der Liberalismus auch in Österreich nach 1918 zwar intellektuell weiterentwickelt worden war; mangels der Existenz einer liberalen Partei fand jedoch keine programmatisch-politische Erneuerung statt. Obwohl seit Ende des 19. Jahrhunderts in Gestalt der in Wien kurzzeitig erfolgreichen Sozialpolitischen Partei eine sozialliberale und eine seit den zwanziger Jahren auch intellektuell ausgearbeitete marktliberale Traditionslinie (Ludwig Mises, Friedrich August von Hayek oder Joseph Schumpeter) bestand, konnten diese beiden aufgrund des Fehlens einer liberalen Partei lange Zeit nicht systematisch miteinander verknüpft werden.

Die Aktualisierung und Übersetzung in ein politisches Programm wäre jedoch eine dringende und originäre Aufgabe für eine liberale Partei gewesen. So argumentierte beispielsweise Mises noch im Geist des klassischen Liberalismus der „unpolitischen“ liberalen Wiener Gemeinderäte,³⁰ die politischen Gegensätze seien nicht weltanschaulicher Natur; vielmehr beruhten sie „lediglich“ auf unterschiedlichen Konzepten, wie das von allen Menschen angestrebte Ziel von Wohlstand und Reichtum am besten zu erreichen sei. Allerdings sei diese Frage nur von jedem Einzelnen zu lösen, weshalb laut Mises im politischen Spektrum für eine liberale Partei kein Bedarf bestünde.³¹ Der politische Liberalismus steckte also scheinbar in seinen elitären, demokratiskeptischen Traditionen fest, denen ja auch staatszentrierte und paternalistische Einstellungen nicht fremd waren.

Die programmatische Schwäche der liberalen Ideologie in Österreich zeitigte auch negative politische Folgen, konnten sich deswegen doch Parteien anderer ideologischer Provenienz aus dem ideologischen Erbe des Liberalismus jene Teile herauspicken, die in das eigene Programm passten. So verfolgte die ÖVP – wie schon in der Ersten Republik – auch nach 1945 in der Wirtschaftspolitik mit dem Raab-Kamitz-Kurs in den fünfziger Jahren liberale Anliegen, während die SPÖ unter Bruno Kreisky in den siebziger Jahren bei den Gesellschafts-, Bildungs- und Justizreformen liberal Gesinnten anbot, „ein Stück des Weges“

mitzugehen.³² Doch exklusiv vertreten wollte keine der beiden Großparteien den Liberalismus, sodass das deutschnationale Lager diesen Anspruch politisch für sich reklamieren konnte – was lange Zeit die politisch größte Problematik für den Liberalismus nach 1945 darstellte, weshalb auf sie im Folgenden detaillierter eingegangen werden soll.

3.1 Das dritte Lager und der Liberalismus: von der VdU zur FPÖ

Dem dritten Lager haftete nach 1945 ein Makel an. Während das sozialistische und, stärker noch, das christlich-soziale Lager den Nationalsozialismus relativ intakt überlebt hatten, war das deutschnationale durch die Verbrechen der Nazis belastet – immerhin hatten seine parteipolitischen Vertreter Landbund und Großdeutsche die meisten Funktionäre im Dritten Reich gestellt. Bis zur Aufhebung der meisten Entnazifizierungsgesetze im Jahr 1948 – sie waren von der Regierung weniger aus Überzeugung als auf Druck der Alliierten erlassen worden – standen die ehemaligen Nationalsozialisten unter beruflichen und politischen Auflagen.³³

Nach dem Ende der Entnazifizierung für die Minderbelasteten bemühten sich sowohl ÖVP wie SPÖ um deren politische Reintegration, handelte es sich bei dieser Gruppe doch um knapp eine halbe Million Wählerinnen und Wähler. Dabei verfolgten sie unterschiedliche Strategien: Vertrat die ÖVP den Standpunkt, „die Einbeziehung der ehemaligen Nationalsozialisten in die Volkspartei sei der Errichtung einer vierten, nur aus Nazi bestehenden Partei vorzuziehen“,³⁴ so trat die SPÖ für die Gründung einer eigenständigen Partei ein. Der Hintergedanke war, die Bürgerlichen dadurch zu schwächen, weshalb diese neue Partei von ihnen „sehr wesentlich mitgeschaffen“³⁵ wurde.

Neben den 1949 wieder wahlberechtigten Minderbelasteten gab es jedoch noch eine zweite, ebenso heterogene Gruppe, die sich gegen die Aufteilung der Republik in Herrschaftssphären der beiden Großparteien wandte. Als erste griffen die beiden Journalisten Herbert A. Kraus und Viktor Reimann – Ersterer ein NS-Kritiker während der Nazi-Zeit, aber kein Widerstandskämpfer, Zweiterer ein geläuterter „Anschluss“-Befürworter – das Bedürfnis nach einer neuen oppositionellen Kraft auf. Der am 26. März 1949 in Salzburg gegründeten Verband der Unabhängigen (VdU), so ihre Intention, sollte weltanschaulich eine liberale Partei sein, welche die politisch Unzufriedenen vertreten sollte, jedoch auch als Vehikel für die Reintegration der ehemaligen Nazis und Minderbelasteten fungieren.³⁶ Schon bald jedoch übernahm eine der Zielgruppen – ehemalige Funktionäre der Großdeutschen Volkspartei und des Landbunds – innerhalb des VdU das Ruder. Ihre Priorität bestand in der Verbesserung der

politischen und gesellschaftlichen Situation der Ehemaligen; den Liberalismus duldeten sie als ein mögliches Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, aber nicht als einen Wert an sich.³⁷

Beim ersten Antreten bei der Nationalratswahl im Oktober 1949 erzielte die als Wahlverband der Unabhängigen angetretene neue Partei 11,7 Prozent der Stimmen und 16 Mandate. Überraschenderweise verloren ÖVP wie SPÖ gleich viel. Vor der Wahl waren Politiker und Meinungsforscher davon ausgegangen, dass die ÖVP wahlpolitisch die Leidtragende der VdU-Gründung sei. Auch bei den nachfolgenden Landtags- und Gemeinderatswahlen schnitt der VdU erfolgreich ab, speziell in Westösterreich, und bei der Nationalratswahl 1953 erreichte er 11 Prozent und 14 Mandaten. Parteipolitisch war der VdU jedoch isoliert, obgleich auch SPÖ und ÖVP mit mitunter zweifelhaften Mitteln um die Wählerstimmen des dritten Lagers kämpften.³⁸

Nach der Wahl 1953 verschärfte sich die interne Krise des VdU. Mit der Gleichstellung der ehemaligen Nazis war das einigende Band weggefallen, und das übergeordnete Ziel der deutschnational Orientierten – der „Anschluss“ – stellte realpolitisch eindeutig ein Minderheitenprogramm für Ewiggestrige dar. Die Betonung der Zugehörigkeit zur deutschen Kulturgemeinschaft und die Akzentuierung der Minderheitenproblematik in Kärnten und Südtirol wiederum waren „zu nebulös“ und boten auch „nicht die für die Stärkung der Identität des deutschnationalen Lagers notwendige Trennschärfe“³⁹ gegenüber der politischen Konkurrenz. Mit dem am Bundesverbandstag im Mai 1954 verabschiedeten Ausseer Programm wollte die VdU-Führung die auseinanderstrebenden Flügel – der von Kraus und Reimann repräsentierte liberale; ein urbaner deutschnationaler unter Fritz Stüber und ein ultrakonservativer unter Karl Hartleb⁴⁰ – wieder integrieren. Faktisch akzentuierte das deutschnationale Programm („Österreich ist ein deutscher Staat“) aber die Spaltung, indem es die liberalen Kräfte der Partei noch stärker entfremdete.

Angesichts der Gefahr des Auseinanderbrechens des dritten Lagers starteten führende Funktionäre Einigungsversuche, die im Oktober 1955 in der Gründung der Freiheitlichen Partei Österreichs kulminierten. Die FPÖ stellt eine Fusion aus VdU, geführt vom ehemaligen Oberst Max Stendebach, seit Oktober 1952 Nachfolger von Kraus, und der Freiheitspartei dar. Diese war Anfang 1955 von Anton Reinhaller, einem hochrangigen NS-Funktionär, aus der Taufe gehoben worden.⁴¹ Am Gründungsparteitag im April 1956 wählten die Delegierten Reinhaller zum ersten Bundesparteiohmann. Programmatisch bekannte sich die FPÖ zur Freiheit wie zur sozialen Volksgemeinschaft.

Wie der VdU so wurde auch die FPÖ ausdrücklich nicht als liberale Partei gegründet. Wies der VdU trotz der Verankerung seiner meisten führenden Funktionäre im nationalen Lager

zeit seines Bestehens doch auch einen liberalen Flügel auf, so dominierten in der neuen FPÖ anfänglich eindeutig die „Ehemaligen“. „Vor allem aber war es“, wie Anton Pelinka schreibt, „eine Kontinuität des Milieus, das – konkretisiert in schlagenden Verbindungen (Burschenschaften, Corps), in Landsmannschaften und Turnerbünden, die VdU und FPÖ charakterisierten und verstehen helfen, warum unter den Gründerinnen und Gründern 1949 bzw. 1955 nur ganz wenige Personen waren, die nicht vom deutschnationalen Lager der Vergangenheit geprägt waren und damit dieses auch repräsentierten.“⁴² Milieu- und mentalitätsmäßig bot die neugegründete FPÖ Liberalen eigentlich keine politische Heimat.⁴³ Dass sich im Laufe der Jahre dennoch überzeugte Liberale ohne deutschnationalen Hintergrund innerhalb der FPÖ betätigten, hat seine Ursache darin, dass diese Persönlichkeiten in den anderen Parteien erst recht keine Zukunft für den Liberalismus sahen und, in vielleicht naiver Weise, hoffen mochten, dass sich das Problem der Ehemaligen mit der Zeit von selbst löst.⁴⁴ Die programmatischen und politischen Kompromisse, die sie im VdU bzw. der FPÖ eingingen, waren deshalb groß.

Bei den ersten Wahlgängen konnte die FPÖ nicht an die Erfolge des VdU anschließen; so fiel das nationale Lager bei der Nationalratswahl 1956 auf 6,5% oder sechs Mandate zurück. Erst unter der insgesamt 20-jährigen Parteiführung Friedrich Peters, der nach dem Tod Reinthallers 1958 zum Obmann gewählt wurde, stabilisierte sich die Partei. Zwar verfügte Peter aufgrund seiner Vergangenheit als SS-Obersturmführer und einiger deutsch-nationaler Ansagen zu Beginn seiner Obmannschaft innerparteilich bei den Ehemaligen über ausreichend Glaubwürdigkeit und Ansehen. Dennoch widersetzten sich ihm viele Funktionäre bei seinem Versuch, „die FPÖ wieder auf einen liberalen und weniger deutsch-nationalen Kurs zu dirigieren“.⁴⁵ Die FPÖ brauchte deshalb „bis ca. 1975 (...), um sich als die liberale Partei in Österreich aufzufassen“, allerdings, so Friedhelm Frischenschlagers Einschränkung, „(...) ohne sich formal als liberale Partei zu bezeichnen“.⁴⁶

Unter Peters zwanzigjähriger Obmannschaft schaffte die FPÖ den Ausbruch aus ihrer politischen Isolation: Sowohl die ÖVP als auch die SPÖ billigten ihr in den frühen sechziger Jahren prinzipiell die Regierungsfähigkeit zu – freilich nicht zuletzt deshalb, um sich eine zusätzliche Koalitionsoption zu erschließen. Peters zweites großes Verdienst war es, junge, liberal gesinnte Personen parteiintern gefördert zu haben. Intellektuelle wie Christian Allesch, Holger Bauer, Friedhelm Frischenschlager, Volker Kier betätigten sich seit Anfang der siebziger Jahre im Atterseekreis, einem sozialliberalen Think Tank der FPÖ, der nach 1993 als ein wichtiges Personalreservoir für das LiF fungierte. Auf Bundesebene pendelte sich die

FPÖ in der Ära Peter zwischen 5 und 7% ein, auf Landesebene behielt sie ihre traditionellen Hochburgen in Vorarlberg, Salzburg, Oberösterreich und Kärnten.

Angesichts der Krise unter Peters populistischem Nachfolger Alexander Götz übernahmen im März 1980 jüngere Kräfte rund um Norbert Steger die FPÖ-Führung. Ihr Ziel war, die FPÖ „in Richtung stärkerer Betonung der liberalen Position, des Wiederaufbaus einer Gesprächsbasis zur SPÖ und eines differenzierten Oppositionskurses“⁴⁸ zu steuern. Ein negatives Omen war, dass die vom liberalen Flügel um Steger geführte Wiener Landespartei ausgerechnet während ihrer liberalen Phase in den siebziger Jahren, als auch die Wiener ÖVP unter Busek eine durchaus liberale Stadtpolitik betrieb, in der Wählergunst nicht zulegen konnte.

1983 erreichte die FPÖ trotz Verlusten bei der Nationalratswahl ihr lang ersehntes politisches Hauptziel: die Regierungsbeteiligung. In der Kleinen Koalition mit der SPÖ von 1983 bis 1987 vermochten sich die Freiheitlichen jedoch nur unzureichend zu profilieren, hinzu kam, dass der Widerstand der Basis gegen die Regierungspolitik und die liberale Grundausrichtung der Partei angesichts der existenzbedrohenden Umfragewerte immer stärker zunahm. Zudem kostete die Affäre um die Heimholung des aus italienischer Haft entlassenen NS-Kriegsverbrechers Walter Reder durch Verteidigungsminister Frischenschlager dem liberalen Flügel viel an Glaubwürdigkeit. Im September 1986 gelang es dem jungen Kärntner Landesrat Jörg Haider deshalb, auf dem Innsbrucker Parteitag Steger als Parteichef zu stürzen. Damit beendete er das kurze liberale Intermezzo der FPÖ, die immer nur maximal eine Auch-liberale-Partei gewesen ist. Politisch wie emotional erwies sich die deutschnationale Traditionslinie innerhalb der FPÖ als stärker als die liberale.

Bemerkenswerterweise erzielte die FPÖ denn auch erst nach 1986 wahlpolitische Erfolge: in einer Phase der österreichischen Geschichte, in der Katalysatoren wie die Waldheim-Debatte, die Annäherung an die Europäische Gemeinschaft, das Ende des kalten Krieges und die verstärkte Globalisierung eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Öffnung bewirkten. Immer offener und selbstbewusster werdende Bürgerinnen und Bürger wünschten, ihre individuellen Handlungsspielräume zu erweitern und sich von der Patronage der Großparteien zu befreien. Als Folge verschwammen zusehends die traditionellen gesellschaftlichen Spaltungslinien und Parteibindungen.⁴⁹ Auf lokaler Ebene profitierten vom zivilgesellschaftlichen Aufbruch zahlreiche Bürgervereinigungen, auf Bundesebene die Ökologie-Bewegung (mit Zwentendorf und Hainburg als definierende Momente), der 1986 der Einzug in den Nationalrat gelang.

Als Protestpartei der sogenannten Wohlstandsverlierer, die auf Populismus, gezielte Tabubrüche und Fundamental-Opposition setzte, strich die FPÖ nicht – wie eine liberale Partei dies getan hätte – die Chancen der Globalisierung und der europäischen Integration, sondern einseitig deren Gefahren heraus. Viele der unmittelbar nach der Wahl Jörg Haiders zum Parteiohmann ausgetretenen Liberalen sahen sich durch diesen neuen Kurs in ihrer Entscheidung bestätigt; andere blieben in der Partei und machten, wie etwa Heide Schmidt, gar erst unter Haider Karriere. Doch auch die Spitzenfunktionärin und dritte Nationalratspräsidentin Schmidt konnte nicht verdecken, dass der liberale Flügel in den 1990er Jahren immer stärker marginalisiert wurde.

3.2 Der ganzheitliche Liberalismus des Liberalen Forums

Am 4. Februar 1993 verkündeten fünf FPÖ-Abgeordnete unter der Führung von Heide Schmidt und Friedhelm Frischenschlager auf einer Pressekonferenz ihren Austritt aus der Freiheitlichen Partei und die Gründung des Liberalen Forums. Als Gründe für ihren Absprung von der FPÖ nannten sie: die verschärften politischen Auseinandersetzungsformen der FPÖ; die Abkehr von traditionellen programmatischen Anliegen, speziell von der europäischen Integration; die Kritik an der Liberalen Internationale, die als Verzicht auf die Positionierung als liberale Partei gewertet wurde; sowie als konkreter letzter Anlass das von der FPÖ initiierte „Ausländer-Volksbegehren“.⁵⁰

In der eindeutigen Ablehnung dieser FPÖ-Initiative durch die Zivilgesellschaft beim „Lichtermeer“ am Heldenplatz zeigte sich, dass die Zeit nun endgültig reif für die Etablierung einer liberalen Partei geworden war.⁵¹ Spätestens 1989, als es kurz den Anschein machte, der Liberalismus würde weltweit triumphieren,⁵² war auch in Österreich der wohlfahrtsstaatlich-keynesianische Konsens zugunsten einer verstärkt individualistischen Sichtweise aufgebrochen.⁵³

Das LiF verkörperte den notwendigen Milieubruch in der Geschichte des Liberalismus der Zweiten Republik, stellte es im soziologischen Sinne doch keine Repräsentanz des deutschnationalen Lagers dar. Mehr noch, bewusst beriefen sich die LiF-Liberalen auf die Tradition des klassischen Liberalismus und der 1848er Revolution; sie knüpften zeitlich und programmatisch also am liberalen „Urlager“ an.⁵⁴ Dennoch waren viele Funktionäre, namentlich die Parteigründer, in der FPÖ und damit im dritten Lager sozialisiert worden – ganz anders als die LiF-Wählerschaft, die aufgrund der Merkmale jung, modern, weltoffen, gebildet und wohlhabend als „Traumzielgruppe“ (Fritz Plasser) bezeichnet wurde.

Ideologisch schaffte es das LiF, erstmals in der Geschichte Österreichs die verschiedenen Liberalismus-Stränge in einem konzisen Programm zu einem „ganzheitlichen Liberalismus“ (Heide Schmidt) zu verbinden. Die Parteiideologie stellt eine programmatische Weiterentwicklung in Richtung eines auf einem soliden marktwirtschaftlichen Fundament ruhenden modernen Sozialliberalismus dar, der der komplexer und ungleicher gewordenen sozialen Wirklichkeit (zumindest in der Theorie) adäquat Rechnung trug.⁵⁵ Dies zeigte sich auch am Leistungsbegriff, den das LiF nicht ausschließlich am Marktwert gemessen wissen wollte, sondern mit sinnvoll Tätigsein konnotierte. Das übergeordnete Ziel der Liberalen verkörperte nämlich eine selbstbestimmte Lebensführung, die die Übernahme von Verantwortung für sich und die Gesellschaft ermöglicht – doch wie das LiF erkannte, verfügt nicht jeder über die dafür erforderliche finanzielle Absicherung oder die bildungsmäßigen Voraussetzungen.⁵⁶ Entsprechend entwickelte sich die Grundsicherung zu einem liberalen Schlüsselkonzept, das die Freiheit von existenzieller Not garantieren sollte. Ganz generell sollte der Staat im LiF-Weltbild im Sinne der Förderung einer substanziellen Gleichberechtigung eine aktive Rolle spielen, etwa in der Minderheiten-, Frauen- und Gesellschafts- oder Umweltpolitik.

Hatte es unmittelbar nach der Parteigründung den Anschein gehabt, das LiF kämpfe um einen ähnlichen Wählermarkt wie ÖVP und FPÖ – weshalb beide nicht unberechtigte Vorwürfe an die SPÖ richteten, bei der Parteigründung mitgeholfen zu haben⁵⁷ –, so wechselten nach der Verabschiedung des Parteiprogramms im Herbst 2003 mehr und mehr SPÖ- und Grün-Anhänger zu den Liberalen. Im Vergleich zu den Grünen profilierten sich die Liberalen als sachorientierte, nicht-aktivistische, Europa-freundliche Opposition, die noch dazu mit Schmidt (bis zur Wahl Alexander van der Bellens zum grünen Bundessprecher 1997) über die profiliertere und publikumswirksamere Parteiführerin verfügte.

3.2.1 Ursachen für das Scheitern des LiF

Bei der Nationalratswahl im Oktober 1999 strauchelten die Liberalen mit 3,6 Prozent knapp an der Vier-Prozent-Hürde. Die Ursachen für das Scheitern des LiF sind vielfältig; sie lassen sich in äußere und parteinterne unterscheiden.

Eine der wesentlichen Schwierigkeiten für die Entwicklung des Liberalen Forums bestand darin, dass es als Parlamentspartei „von oben“, als eine Kopfgeburt Heide Schmidts und ihres langjährigen Vertrauten Gerhard Kratky gegründet worden war.⁵⁸ Deshalb musste in der Anfangsphase viel improvisiert werden, speziell bei der Kandidaten- und Mitarbeiterauswahl.

Lange Zeit zehrten die Liberalen erfolgreich von ihrem Image als Anti-Haider-Partei, das von Schmidt hervorragend verkörpert wurde. Wofür das LiF im positiven Sinne stand, konnte einer breiten Öffentlichkeit jedoch nur unzureichend vermittelt werden – dem umfangreichen Parteiprogramm zum Trotz. Dies war jedoch nicht allein die Schuld der Liberalen, sondern die politische Konkurrenz, die Medien und teilweise auch die Wissenschaft⁵⁹ stürzten sich auf Reizthemen wie Homosexuellen-Ehe, Sterbehilfe oder Kruzifix-Debatte. So berechtigt diese Anliegen für eine liberale Parteien auch gewesen sein mögen – wesentlichere wirtschafts-, gesellschafts- oder bildungspolitische Forderungen gingen dagegen nahezu unter. Diese konnten auch im Wahlkampf 1999 angesichts der Themenfülle nicht richtig herausgestrichen werden, wie das den Nationalratswahlen 1994 und 1995 noch gelungen war. Das große Bild des ganzheitlichen Liberalismus aus den Augen verloren aber auch viele liberale Funktionäre: Das LiF wurde so immer sektiererischer, namentlich in der Frauenpolitik und bei der Gleichstellung von homosexuellen und lesbischen Paaren.

Als verhängnisvoll erwies sich ferner die Konzentration auf die Person Heide Schmidt: Beispielsweise kandidierte sie für die Bundespräsidentenwahl 1998, anstatt weiteres Führungspersonal aufzubauen. Eher schien das Gegenteil der Fall zu sein, war doch mit Friedhelm Frischenschlager 1996 einer der wenigen intellektuell ebenbürtigen Parteifreunde nach Brüssel abgeschoben worden. Dagegen rang sich Schmidt – immer loyal gegenüber ihren Vertrauten – erst unmittelbar vor der Wahl 1999 zur Ersetzung Kratkys als Bundesgeschäftsführer durch. Überhaupt betrieb das LiF eine mitunter fragwürdige Rekrutierung seines politischen Personals, speziell bei der Nationalratswahl 1999. Statt verdiente eigene Funktionäre mit einer Kandidatur zu belohnen, wurden mehr oder weniger bekannte Aktivistinnen oder Publizistinnen auf aussichtsreiche Listenplätze gereiht.

Schließlich ist noch die mangelnde parteiinterne Demokratie zu nennen, die viele Funktionäre der Partei entfremdete oder gar zum Austritt bewegte. Sie ist Resultat eines technokratischen Organisationsmodells, das der Parteiführung zahlreiche Kontrollmöglichkeiten bot.⁶⁰ Hier zeigt sich eine Parallele zu den Aufklärern und frühen Liberalen, die ebenfalls politische und mentale Angst vor einem Zuviel an Demokratie und einer unkontrollierbaren Masse hatten,⁶¹ ferner teilten viele LiF-Liberale deren Faible für Social-engineering und elitäres Selbstverständnis. – Auch wenn die politische und gesellschaftliche Basis des Liberalen Forums immer eine prekäre war, ist dessen Niedergang letztlich selbstverschuldet und selbstverursacht.

4. Ausblick

Anfang des dritten Jahrtausends sind in Österreichs Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur zwar zahlreiche Strömungen und Tendenzen beobachtbar, die als modern, weltoffen, liberal beschrieben werden können und die sich aufgrund der Globalisierung und Europäisierung sogar noch verstärken werden. Doch auf der anderen Seite wachsen auch die Widerstände gegen die negativen sozialen Folgen der Globalisierung. Die Neoliberalismus-Debatte erweist sich dabei als ein großes Hindernis für jeden liberalen Neubeginn in Österreich, da „Neoliberalismus“ – fälschlich, aber publikumswirksam – ein schiefes Licht auf alles wirft, was die Bezeichnung „liberal“ im Namen führt. Eine liberale Kraft – nicht notwendigerweise eine Partei –, die einerseits Rezepte zur Überwindung der tatsächlich gegebenen negativen Effekte entwickelt, andererseits die politisch-intellektuelle Scheinheiligkeit dieses Diskurses aufzeigt (Stichwort BAWAG- und ÖGB-Skandal), wäre aus liberaler Sicht wünschenswert.

Das Scheitern des Liberalen Forums hat die Erfolgsaussichten für jede liberale Neugründung allerdings zumindest für ein Jahrzehnt verdüstert. Ohne die kritische Aufarbeitung des negativen Images des (Neo-)Liberalismus wie des LiF ist ein parteipolitischer liberaler Neuanfang undenkbar. Eine neue Gruppierung könnte zwar auf zahlreiche Traditionen des österreichischen Liberalismus zurückgreifen, zu denen auch das programmatische Erbe des LiF zählt, das eine wertvolle Weiterentwicklung des heimischen Liberalismus darstellt; sie müsste jedoch einen radikalen Bruch in Bezug auf die konkrete Politik und das Personal des LiF vollziehen. Der zumindest kurzzeitige politische Erfolg, den das Liberale Forum namentlich in den Großstädten genoss, sollte Mut machen.

Die anderen Parteien haben nach dem Scheitern des Liberalen Forums, dessen Wählerschaft ja weiterhin besteht, liberale Inhalte übernommen. Am stärksten ist dies bei den Grünen der Fall, die um ein ähnliches Wählersegment kämpf(t)en, doch auch das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) erhebt immer öfter den Anspruch, eine liberale Politik zu betreiben.⁶² Erneut zeigt sich, dass zwar der Liberalismus in der österreichischen Politik, Wirtschaft und Kultur auch dann wirksam ist, wenn im politischen Spektrum keine eigenständige liberale politische Partei existiert. Der Preis ist jedoch das Wiederaufstehen eines Liberalismus à la carte. Ob mit einem solchen Liberalismus der – trotz der vielfältigen Modernisierungs- und Liberalisierungsfortschritte in den letzten Jahren – bestehende Bedarf nach einer liberalen Kraft abgedeckt werden kann, ist zweifelhaft. Wie schon in der Ersten Republik, wie schon während langer Zeit in der Zweiten Republik droht sich das Fehlen einer dezidiert liberalen politischen Partei ideologisch, programmatisch und politisch höchst negativ für den österreichischen Liberalismus auszuwirken.

5. Literatur

- Allesch, Christian G. (1989): Der Stellenwert des modernen Liberalismus in der österreichischen Politik. In: *Österreichisches Jahrbuch für Politik (ÖJP)* 1988, S. 391–407.
- Andics, Hellmut (1981): *Gründerzeit. Das schwarzgelbe Wien bis 1867*. Wien.
- Benedikt, Heinrich (Hrsg.) (1954): *Geschichte der Republik Österreich*. Wien.
- Berchtold, Klaus (1967): *Österreichische Parteiprogramme 1868–1966*. München.
- Berner, Peter/Brix, Emil/Mantl, Wolfgang (Hrsg.) (1986): *Wien um 1900. Aufbruch in die Moderne*. Wien.
- Bettauer, Hugo (1980): *Gesammelte Werke. Die Stadt ohne Juden. Ein Roman von Übermorgen*. Salzburg.
- Brandt, Harm-Hinrich (1988): Liberalismus in Österreich zwischen Revolution und Großer Depression. In: *Langewiesche* 1988, S. 136–160.
- Brix, Emil/Mantl, Wolfgang (Hrsg.) (1996): *Liberalismus. Interpretation und Perspektiven*. Wien/ Köln/Graz.
- Czeike, Felix (1962): *Liberale, christlichsoziale und sozialdemokratische Kommunalpolitik dargestellt am Beispiel der Gemeinde Wien (1861–1934)*. Wien.
- Dachs, Herbert et al. (Hrsg.) (1992): *Handbuch des politischen Systems Österreich*. Wien.
- Dostal, Thomas (1995): Die Großdeutsche Volkspartei. In: *Tálos et al.*, S. 195–206.
- Elbogen, Friedrich (1895): *Die neue Aera. Ein Aufruf*. Wien.
- Eppel, Peter/Lotter, Heinrich (1981): *Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte 1955–1980*. Wien.
- Friedel, Johann (1786): *Historisch-philosophisch und statistische Fragmente, mehrentheils die österreichische Monarchie betreffend*. Leipzig/Klagenfurt.
- (1785): *Briefe aus Wien verschiedenen Inhalts an einen Freund in Berlin*. Band 2. Leipzig/Berlin.
- (1784): *Briefe aus Wien verschiedenen Inhalts an einen Freund in Berlin*. Leipzig/Berlin.
- Frischenschlager, Friedhelm (2000): Politischer Liberalismus in Österreich – Chancenlos als Partei? Die Entwicklung des Liberalen Forums 1996–2000. In: *ÖJP* 1999, S. 543–585.
- (1996): Analyse der Entwicklung des Liberalen Forums. In: *ÖJP* 1995, S. 223–241.
- (1994): Das Liberale Forum und das österreichische politische System. In: *ÖJP* 1993, S. 301–342.
- (1992): Die Freiheitliche Partei Österreichs. In: *Mantl* 1992, S. 368–404.
- (1981): Wie liberal ist die FPÖ? In: *ÖJP* 1980, S. 135–163.
- und Reiter, Erich (1983): *Liberalismus in Europa*. Wien.
- Fuchs, Albert (1996): *Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918. Mit einem Essay von Friedrich Heer*. Wien (Neudruck; Original: Wien 1949).
- Fukuyama, Francis (1992): *Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir?* München.
- Gerstl, Alfred (im Erscheinen): *Stichwort Liberales Gedankengut*. Wien (Reihe Enzyklopädie des Wiener Wissens).
- (1998): *Die Entstehung und Entwicklung des Liberalen Forums (LiF) 1993/94*. Dissertation, Uni Wien.
- (1996): *Judentum und Liberalismus in Österreich. Von der Aufklärung bis zum Ende der Ersten Republik*. In: *Hauer* 1996, S. 49–98.
- Gold, Hugo (1966): *Geschichte der Juden in Wien. Ein Gedenkbuch*. Tel Aviv.
- Gratzer, Christian (1994): Die Kandidatenauswahl der FPÖ, GABL, VGÖ und des Liberalen Forums anlässlich der Niederösterreichischen Landtagswahl 1993. In: *ÖJP* 1993, S. 239–266.

- Hanisch, Ernst (1997): Aus den Tiefen der Zeit. Hypothesen über die historische Entwicklung der wirtschaftlichen Einstellungen in Österreich. In: Hanisch/Faulhaber 1997, S. 9–36.
- und Faulhaber, Theo (Hrsg.) (1997): Mentalitäten und wirtschaftliches Handeln in Österreich. Wien.
- Hauer, Nadine (Hrsg.) (1996): Liberalismus und Judentum. Wien.
- Hrubi, Franz Rupert (1987): Was ist vom liberalen Erbe Österreichs geblieben? In: ÖJP 1986, S. 495–505.
- Johnston, William M. (1992): Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donauraum 1848 bis 1938. Wien/Köln/Weimar.
- Judson, Pieter M. (1998): Wien brennt. Die Revolution von 1848 und ihr liberales Erbe. Wien.
- Kubinzky, Karl A. (1981): Wie liberal ist die FPÖ? Überlegungen zur österreichischen Parteienlandschaft. In: ÖJP 1980, S. 183–187.
- Koch, Matthias (1847): Österreichs innere Politik mit Beziehung auf die Verfassungsfrage. Stuttgart.
- Kramer, Helmut/Höll, Otmar (1992): Österreich in der internationalen Entwicklung. In: Dachs et al. 1992, S. 50–69.
- Kriechbaumer, Robert (Hrsg.) (1998): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen. Band 1. Wien/Köln/Weimar.
- Langewiesche, Dieter (Hrsg.) (1988): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Göttingen.
- Lichtblau, Albert (1995): Antisemitismus – Rahmenbedingungen und Wirkungen auf das Zusammenleben von Juden und Nichtjuden. In: Tálos et al. 1995, S. 454–471.
- Liegl, Barbara (1995): Das Liberale Forum auf dem Weg zu einer etablierten Partei? Diplomarbeit, Uni Wien.
- Mantl, Wolfgang (Hrsg.) (1992): Politik in Österreich, Wien.
- Mises, Ludwig von (1927): Liberalismus. Jena.
- N.N. (1892): Die deutsch-liberale Partei und die Zukunft des Liberalismus in Österreich. Wien.
- Pauley, Bruce F. (1993): Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung. Wien.
- Pelinka, Anton (2005): Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur- und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems. (Österreich – Zweite Republik: Befund, Kritik, Perspektive. Band 6. Herausgegeben von Hubert Christian Ehalt.) Innsbruck - Wien - Bozen.
- Pelinka, Anton (1996): Liberalismus und Judentum. In: Hauer 1996, S. 125–136.
- und Reinalter, Helmut (Hrsg.) (2002): Österreichisches Vereins- und Parteienlexikon. Von der Aufklärung bis 1938. Innsbruck/Wien/München/Bozen.
- Pittler, Alois P. (1992): Deutschvölkische Tendenzen in der FPÖ. Diplomarbeit, Uni Wien.
- Pramstrahler, Werner/Ullmann, Iris (2002): Deutschnationale Parteien 1918–1934. In: Pelinka/Reinthal 2002, S. 227–235.
- Prisching, Manfred (1998): Im Lande der Ambivalenzen. Mentalitäten zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit. In: Kriechbaumer 1998, S. 639–676.
- Pulzer, Peter (1986): Liberalismus, Antisemitismus und Juden im Wien der Jahrhundertwende. In: Berner/Brix/Mantl 1986, S. 32–38.
- Rauchensteiner, Manfred (1987): Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945–1966. Wien.
- Reinalter, Helmut (1995): Die Anfänge des Liberalismus in Österreich. Von der Aufklärung bis zur Revolution 1848/49. In: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Festschrift für Helmut Wagner zum 65. Geburtstag. Berlin, S. 131–146.

- Rietra, Madeleine (1980): Jung Österreich. Dokumente und Materialien zur liberalen österreichischen Opposition. Amsterdam.
- Sauer, Manfred (1974): Die „Großdeutsche Volkspartei“ und der „Landbund für Österreich“ in der Ersten Republik. In: Freie Argumente 2, S. 20–38.
- Schorske, Carl (1982): Wien: Geist und Gesellschaft im Fin de Siècle. Frankfurt am Main.
- Stiefel, Dieter (1981): Entnazifizierung in Österreich. Wien/München/Zürich.
- Stourzh, Gerald (2005): 1945 und 1955: Schlüsseljahre der Zweiten Republik. Gab es die Stunde Null? Wie kam es zu Staatsvertrag und Neutralität? (Zweite Republik: Befund, Kritik, Perspektive. Band 1. Herausgegeben von Hubert Christian Ehalt.) Innsbruck - Wien – Bozen.
- Tálos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton: (Hrsg.) (1995): Handbuch des politischen Systems. Erste Republik 1918–1933. Wien.
- Tietze, Hans (²1987): Die Juden Wiens. Geschichte, Wirtschaft, Kultur. Wien.
- Wandruszka, Adam (1954): Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. In: Benedikt 1954, S. 289–485.
- Zweig, Stefan (³³2002): Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers. Frankfurt am Main.

Mag.Dr. Alfred Gerstl, MIR, geboren 1971 in Wien, hat in Wien Politikwissenschaft und in Sydney Internationale Beziehungen studiert. Seine Schwergebiete sind politische Ideengeschichte (speziell Liberalismus, Neoliberalismus, Kommunitarismus und Konservatismus), europäische Parteiensysteme und EU-System sowie internationale Politik (vor allem Regionalisierungsprozesse mit Schwerpunkt Ostasien). Von 1993 bis 1999 arbeitete Gerstl für das Liberale Forum, zuerst als parlamentarischer Mitarbeiter von Dr. Friedhelm Frischenschlager, später als Referent im Liberalen Bildungsforum. Von 1999 bis 2001 arbeitete er als Projektassistent am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien. Seit 2001 ist Gerstl Universitätslektor am Institut für Politikwissenschaft an der Uni Wien, seit 2006 Lektor am Institut für Südostasienwissenschaften an der Uni Passau.

6. Anmerkungen

-
- ¹ Brandt, Harm-Hinrich (1988): Liberalismus in Österreich zwischen Revolution und Großer Depression. In: Langewiesche, Dieter (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Göttingen, S. 136–160, hier S. 136, und Hrubí, Franz Rupert: Was ist vom liberalen Erbe Österreichs geblieben? In: Österreichisches Jahrbuch für Politik (ÖJP) 1986, S. 495–505, hier S. 503. Vgl. Reinalter, Helmut (1995): Die Anfänge des Liberalismus in Österreich. Von der Aufklärung bis zur Revolution 1848/49. In: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Festschrift für Helmut Wagner zum 65. Geburtstag. Berlin, S. 131–146, und Frischenschlager, Friedhelm/Reiter, Erich (1983): Liberalismus in Europa. Wien.
- ² Siehe ausführlich: Gerstl, Alfred (im Erscheinen): Stichwort Liberales Gedankengut. Wien.
- ³ Pelinka, Anton (1996): Liberalismus und Judentum. In: Hauer, Nadine (Hrsg.) (1996): Liberalismus und Judentum. Wien, S. 125–136.
- ⁴ Vgl. Gerstl, Alfred (1996): Judentum und Liberalismus in Österreich. Von der Aufklärung bis zum Ende der Ersten Republik. In: Hauer 1996, S. 49–98.
- ⁵ Friedel, Johann (1786): Historisch-philosophisch und statistische Fragmente, mehrentheils die österreichische Monarchie betreffend. Leipzig/Klagenfurt; ders. 1785: Briefe aus Wien verschiedenen Inhalts an einen Freund in Berlin. Band 2. Leipzig/Berlin, und ders. ²1784: Briefe aus Wien verschiedenen Inhalts an einen Freund in Berlin. Leipzig/Berlin.
- ⁶ Vgl. Gerstl (im Erscheinen), spez. Kap. 8.
- ⁷ „Politische Charaktere konnten sich in Oesterreich bisher nicht entwickeln, weil das System sie nicht vertrug und die Censur einen bestimmten Gesinnungsausdruck überhaupt nicht zuließ.“ Die politische Repression hätte das Entstehen radikaler Anschauungen jedoch geradezu herausgefordert. – Koch, Matthias (1847): Österreichs innere Politik mit Beziehung auf die Verfassungsfrage. Stuttgart, S. 291.
- ⁸ Siehe Rietra, Madeleine (1980): Jung Österreich. Dokumente und Materialien zur liberalen österreichischen Opposition. Amsterdam.
- ⁹ Zur Revolution aus Sicht der Liberalen vgl. Judson, Pieter M. (1998): Wien brennt. Die Revolution von 1848 und ihr liberales Erbe. Wien.
- ¹⁰ Zweig, Stefan (³³2002): Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers. Frankfurt am Main, S. 41.
- ¹¹ Wandruszka, Adam (1954): Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. In: Benedikt, Heinrich (Hrsg.): Geschichte der Republik Österreich. Wien, S. 289–485, hier S. 293.
- ¹² Vgl. die Kritik an der programmatischen Rückständigkeit der Liberalen, besonders in der sozialen Frage, von N.N. (1892): Die deutsch-liberale Partei und die Zukunft des Liberalismus in Österreich. Wien, S. 13f., sowie, sehr ähnlich, Elbogen, Friedrich (1895): Die neue Aera. Ein Aufruf. Wien, S. 3. Elbogens Aufruf gipfelt in der Aufforderung, eine neue freisinnige Volkspartei mit der Bezeichnung Sozial-Liberale oder Jung-Liberale zu gründen (S. 10f.).
- ¹³ Eine Partei, die sich hauptsächlich auf die jüdische Wählerschaft gestützt hätte, wäre angesichts des Antisemitismus nicht erfolgreich gewesen. Auch so war die Konnotation Liberalismus – Ausbeutung – Judentum von Ende des 19. Jahrhunderts an stark genug.
- ¹⁴ Gold, Hugo (1966): Geschichte der Juden in Wien. Ein Gedenkbuch. Tel Aviv, S. 37.
- ¹⁵ Schorske, Carl (1982): Wien: Geist und Gesellschaft im Fin de Siècle. Frankfurt am Main, S. 283.
- ¹⁶ Johnston, William M. (³1992): Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donauraum 1848 bis 1938. Wien/Köln/Weimar, S. 22. – Kramer und Höll führen sehen die intensive Beschäftigung mit Kunst und Kultur statt mit Politik als Folge „des `verspäteten Industrialismus´ und der praktisch-gesellschaftlichen Hindernisse für eine Durchsetzung fortgeschrittener (kapitalistischer) Modernität“. – Kramer, Helmut/Höll, Otmar (1992): Österreich in der internationalen Entwicklung. In: Dachs, Herbert et al. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Wien, S. 50–69, hier S. 57.
- ¹⁷ Fuchs, Albert (1996): Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918. Mit einem Essay von Friedrich Heer. Wien (Neudruck; Original: Wien 1949), S. 5.
- ¹⁸ Fuchs 1996, S. 10.
- ¹⁹ Hanisch, Ernst (1997): Aus den Tiefen der Zeit. Hypothesen über die historische Entwicklung der wirtschaftlichen Einstellungen in Österreich. In: Hanisch/Faulhaber 1997, S. 9–36, hier S. 28.
- ²⁰ Vgl. Lichtblau, Albert (1995): Antisemitismus – Rahmenbedingungen und Wirkungen auf das Zusammenleben von Juden und Nichtjuden. In: Tólos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton: (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems. Erste Republik 1918–1933. Wien, S. 454–471, hier S. 458.

- ²¹ Dostal, Thomas (1995): Die Großdeutsche Volkspartei. In: Tálos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton: (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems. Erste Republik 1918–1933. Wien, S. 195–206, hier S. 197. Zu den Großdeutschen siehe weiters: Sauer, Manfred: Die „Großdeutsche Volkspartei“ und der „Landbund für Österreich“ in der Ersten Republik. In: Freie Argumente 2/1974, S. 20–38.
- ²² „Die Volksgemeinschaft ist demnach in politischer Hinsicht vorwiegend Pflichtengemeinschaft, und auch insofern sie politische Rechte begründet, sind es solche, deren Ausübung im Dienste der Gesamtheit und erst mittelbar zum Vorteil des Einzelnen erfolgt.“ – Zit. nach Berchtold, Klaus (1967): Österreichische Parteiprogramme 1868–1966. München, S. 450.
- ²³ Die Großdeutschen forderten Volkskindergärten, Spielschulen, behutsames Heranführen der Kleinkinder an die Schule, mehr Mitsprache für Schüler und Eltern, akademische Ausbildung für alle Lehrer, Gesamtschule bis zum 14. Lebensjahr usw. Was auf den ersten Blick erstaunlich modern klingt, ist nur Mittel zum (deutschnationalen) Zweck: „Im freien Volksstaate gehört die Schule dem Staate.“ Da das sonst einigende Band der allgemeinen Wehrpflicht in Österreich wegfiel, liege es primär an der Schule, „eine geschlossene geistige Wehrmacht zum Heile des ganzen Volkes“ heranzuziehen. – Berchtold 1967, S. 454.
- ²⁴ Vgl. die nicht in allem stimmige Interpretation: Pramstrahler, Werner/Ullmann, Iris (2002): Deutschnationale Parteien 1918–1934. In: Pelinka, Anton/Reinalter, Helmut (Hrsg.): Österreichisches Vereins- und Parteienlexikon. Von der Aufklärung bis 1938. Innsbruck/Wien/München/Bozen, S. 227–235.
- ²⁵ Die Traditionslinie zwischen Liberalismus und Deutschnationalismus scheint folglich wesentlich dünner, als in Politik und auch Wissenschaft behauptet wird. So räumte Friedhelm Frischenschlager, ein LiF-Mitgründer, ein, während seiner Zeit in der FPÖ bewusst und kräftig an der Verklärung und Mythologisierung des deutschnationalen als deutschnational-liberalen Lagers mitgeholfen zu haben. – Gastvortrag beim Proseminar Politische Theorien des Liberalismus an der Uni Wien, geleitet von Joachim Giller; 25. Jänner 1995, eigene Mitschrift.
- ²⁶ Lichtblau, Albert (1995): Antisemitismus – Rahmenbedingungen und Wirkungen auf das Zusammenleben von Juden und Nichtjuden. In: Tálos et al. 1995, S. 454–471, hier S. 458.
- ²⁷ Vgl. Pauley, Bruce F. (1993): Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung. Wien, S. 79, und Bettauer, Hugo (1980): Gesammelte Werke. Die Stadt ohne Juden. Ein Roman von Übermorgen. Salzburg.
- ²⁸ Pelinka 1996, spez. S. 132.
- ²⁹ Pelinka, Anton (2005): Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur- und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems. (Österreich – Zweite Republik: Befund, Kritik, Perspektive. Band 6. Herausgegeben von Hubert Christian Ehalt.) Innsbruck - Wien - Bozen, S. 24.
- ³⁰ Vgl. Gerstl (im Erscheinen), Kap. 5, und Czeike, Felix (1962): Liberale, christlichsoziale und sozialdemokratische Kommunalpolitik dargestellt am Beispiel der Gemeinde Wien (1861–1934). Wien.
- ³¹ Mises, Ludwig von (1927): Liberalismus. Jena, besonders S. 167.
- ³² Auf das anfänglich eigentümliche Liberalismus-Verständnis der Volkspartei weist Anton Pelinka (2005, S. 26) hin: „Liberale waren, in der Anfangsphase der ÖVP, solche Anhänger und Sympathisanten der Partei, die sonntags nicht zur Kirche gingen. Und die Wahrscheinlichkeit war dann groß, dass es sich bei diesen Nicht-Kirchgängern um ehemalige Nationalsozialisten handelte.“ Zur SPÖ, genauer: zum Bund sozialistischer Akademiker, dem durch die Ermordung seiner jüdischen Mitglieder im Nationalsozialismus die Intellektuellen abhanden gekommen waren, hält er pointiert fest: „An die Stelle von Juden traten ehemalige Nationalsozialisten.“ (S. 25).
- ³³ Zur Entnazifizierung siehe ausführlicher Stiefel, Dieter (1981): Entnazifizierung in Österreich. Wien/München/Zürich. Zur Haltung der Parteien Stourzh, Gerald (2005): 1945 und 1955: Schlüsseljahre der Zweiten Republik. Gab es die Stunde Null? Wie kam es zu Staatsvertrag und Neutralität? (Zweite Republik: Befund, Kritik, Perspektive. Band 1. Herausgegeben von Hubert Christian Ehalt.) Innsbruck - Wien - Bozen, Kap. 1.9.
- ³⁴ Stiefel 1981, S. 319.
- ³⁵ Rauchensteiner, Manfred (1987): Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945–1966. Wien, S. 133–135.
- ³⁶ Rauchensteiner 1987, S. 394.
- ³⁷ Vgl. Pittler, Alois P.: Deutschvölkische Tendenzen in der FPÖ. Diplomarbeit, Uni Wien 1992, S. 57.
- ³⁸ Stourzh 2005, Kap. 1.9.
- ³⁹ Pelinka 2005, S. 27.
- ⁴⁰ Wie Rauchensteiner (1987, S. 179) anmerkt, gab es in der Stüber- und Hartleb-Fraktion „verhältnismäßig viele ehemalige Nationalsozialisten“.

-
- ⁴¹ Bundeskanzler Julius Raab spielte bei der Initiierung der Freiheitspartei wie – indirekt – der FPÖ die Rolle eines Geburtshelfers. Raab hielt weder Krauss noch Stendebach für fähige Politiker, weshalb er Reinthaller, den früheren Minister im Kabinett Seyß-Inquart 1938, zum Wiedereintritt in die Politik überredete. – Rauchensteiner 1987, S. 298f.
- ⁴² Pelinka 2005, S. 23.
- ⁴³ Krauss und Reimann erklärten anlässlich des FPÖ-Gründungsparteitages, „dass ihnen die FPÖ nicht mehr tragbar erscheine, weil dort der Nazigeist fröhliche Urständ feiere“, und traten aus ihrer Partei aus. – Zit. nach Wiener Montag, 23.4.1956; zit. nach Eppel, Peter/Lotter, Heinrich (1981): Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte 1955–1980. Wien, S. 87.
- ⁴⁴ Dies ist zumindest der Eindruck, den der Verfasser bei etlichen Gesprächen gewann, die er zwischen 1993 und 1998 für seine Dissertation führte.
- ⁴⁵ Rauchensteiner 1987, S. 140.
- ⁴⁶ Frischenschlager, Friedhelm (1981): Wie liberal ist die FPÖ? In: ÖJP 1980, S. 135–163, hier S. 141. Vgl. Kubinzky, Karl A. (1981): Wie liberal ist die FPÖ? Überlegungen zur österreichischen Parteienlandschaft. In: ÖJP 1980, S. 183–187. Er kritisiert das Fehlen eines „geradezu klassisch[en] Anwendungsbereich[es] liberaler Grundhaltungen“ im FPÖ-Programm, nämlich den „Schutz von Minderheiten im soziologischen Sinne“ (S. 184).
- ⁴⁷ Gerstl, Alfred (1998): Die Entstehung und Entwicklung des Liberalen Forums (LiF) 1993/94. Dissertation, Uni Wien, Kap. VIII.2.3.
- ⁴⁸ Frischenschlager, Friedhelm (1992): Die Freiheitliche Partei Österreichs. In: Mantl, Wolfgang (Hrsg.): Politik in Österreich, Wien, S. 368–404. Hier S. 381.
- ⁴⁹ Ulram, Peter A. (1992): Politische Kultur der Bevölkerung. In: Dachs 1992, S. 466–474. Hier S. 472.
- ⁵⁰ Zur Gründung und Entwicklung des LiF siehe ausführlich: Gerstl 1998, sowie Liegl, Barbara (1995): Das Liberale Forum auf dem Weg zu einer etablierten Partei? Diplomarbeit, Uni Wien, und Frischenschlager, Friedhelm (1994): Das Liberale Forum und das österreichische politische System. In: ÖJP 1993, S. 301–342.
- ⁵¹ Noch 1990 hatte Christian Allesch gemeint: „Die forcierte Gründung einer ‚Wirklich liberalen Partei (WLP)‘ wäre vermutlich der sicherste Weg, die Illiberalität des politischen Diskurses in Österreich zu reproduzieren.“ – Allesch, Christian G. (1989): Der Stellenwert des modernen Liberalismus in der österreichischen Politik. In: ÖJP 1988, S. 391–407, hier S. 407.
- ⁵² Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir? München.
- ⁵³ Prisching, Manfred (1998): Im Lande der Ambivalenzen. Mentalitäten zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit. In: Kriechbaumer, Robert (Hrsg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen. Band 1. Wien/Köln/Weimar, S. 639–676, hier S. 672–674.
- ⁵⁴ Frischenschlager sah das LiF „in der guten Tradition des österreichischen Liberalismus, beginnend mit 1848 bis zur Bundesverfassung 1920“ stehend. – Interview mit Die Furche, 4. November 1993.
- ⁵⁵ Vgl. Gerstl 1998, Kap. VIII, und Frischenschlager, Friedhelm (1996): Analyse der Entwicklung des Liberalen Forums. In: ÖJP 1995, S. 223–241, sowie Frischenschlager 1994.
- ⁵⁶ „Die Sicherheit der materiellen Existenz ist eine Voraussetzung persönlicher Freiheit. Daraus leitet sich die soziale Dimension liberaler Politik ab. Das Liberale Forum sieht in der Verhinderung von Armut und Not eine unteilbare Aufgabe des Einzelnen und der Gesellschaft. Niemand soll der Eigenverantwortung enthoben, aber auch niemand der Hilflosigkeit preisgegeben werden.“ – Liberales Forum (Hrsg.) (1999): Die Freiheit des Menschen und seine Verantwortung für die Gesellschaft. Wien, Kapitel Soziale Verantwortung und Existenzsicherung.
- ⁵⁷ Vgl. die Thesen zum Gründungsprozess in Gerstl 1998, S. 408–410.
- ⁵⁸ Sowohl organisatorisch wie programmatisch konnten die Parteigründer an Konzepte zurückgreifen, die von ihnen noch während ihrer FPÖ-Zeit ausgearbeitet worden waren; siehe Gerstl 1998, Kap. VIII und IX.
- ⁵⁹ Vgl. Brix, Emil/Mantl, Wolfgang (Hrsg.) (1996): Liberalismus. Interpretation und Perspektiven. Wien/ Köln/Graz. – Den meisten der in diesem Sammelband erschienenen Beiträgen liegt eine eher konservative, ÖVP-nahe, einigen eine religiös verbrämte Liberalismus-Interpretation zugrunde, die sich mit dem vom LiF vertretenen Liberalismus naturgemäß schwer verträgt.
- ⁶⁰ Siehe ausführlicher: Gerstl 1998, Kap. IX.
- ⁶¹ Im Falle der LiF-Führung waren vermutlich die Erinnerungen an eine unkontrollierbare Basis am Innsbrucker FPÖ-Parteitag 1986 wach geblieben – Gratzer, Christian (1994): Die Kandidatenauswahl der FPÖ, GABL, VGÖ und des Liberalen Forums anlässlich der Niederösterreichischen Landtagswahl 1993. In: ÖJP 1993, S. 239–266, hier S. 259.
- ⁶² Vgl. www.bzoe.at (zuletzt besucht am 7.7.2006).